



Die Bücherei Uerdingen bleibt!

Die LINKE. Krefeld gratuliert den Uerdingern

"Von allen Welten, die der Mensch erschaffen hat, ist die der Bücher die gewaltigste." Heinrich Heine

Nach der Sitzung des Finanz- und Beteiligungsausschusses am 24.11.2010 hat sich der Knoten gelöst: Es wird bei der Verabschiedung des Haushalts eine Mehrheit im Rat für den Fortbestand der Uerdinger Zweigstelle der Mediothek geben.

Nachdem die Ratsgruppe DIE LINKE als einzige politische Kraft im Stadtrat bereits im Oktober 2010 für die Sitzung des Kulturausschuss am 09.11. beantragt hatte, die Bücherei "mit der bisherigen personellen Ausstattung und den bisherigen Öffnungszeiten einschließlich des damit verbundenen Betriebsaufwandes fortzuführen", fand sie nur Unterstützung bei der SPD.

Buchstäblich auf den letzten Drücker quasi vor Toresschluss drehten Bündnis 90/Die Grünen bei, nachdem sie zunächst ebenso wie CDU und FDP ausschließlich für eine Konzentration der Haushaltsmittel und Stärkung der Mediothek am Theaterplatz sich ausgesprochen und für die Bücherei in Uerdingen in neoliberaler Manier die private Fortführung in Form eines "Fördervereins" vorgeschlagen hatten.

Ohne Ihr bürgerschaftliches Engagement, die vielfältigen Aktionen in der Öffentlichkeit, die Proteste in der örtlichen Presse und die Demonstration der Schülerinnen und Schüler wäre die Entscheidung nicht zu wenden gewesen. Der beharrliche Kampf für den Erhalt der Uerdinger Zweigstelle hat sich gelohnt. DIE LINKE.Krefeld freut sich mit den Uerdingern über diesen Erfolg.

DIE LINKE.Krefeld wird im Rat u. a.

auch die beabsichtigte Anhebung der jährlichen Nutzungsentgelte der Mediothek von 20,00 € auf 23,00 € und insbesondere auch die Streichung der Ermäßigung für Studierende ablehnen. Die Mediothek Krefeld erwirtschaftet



Ursula Mende, Sachkundige Bürgerin im Kulturausschuss

22 % ihrer Ausgaben und gehört damit bundesweit zur Spitze der öffentlichen Bibliotheken bei der Eigenerwirtschaftung ihrer Mittel. Sie gehört in der Region bereits jetzt zu den Bibliotheken mit den höchsten Entgelten.

Öffentliche Bibliotheken sind in ganz besonderer Weise Teil kommunaler Daseinsvorsorge, denn sie gewährleisten den gleichberechtigten Zugang aller zu Bildung, Information und Kommunikation. Wenn Lesen als wichtigste Schlüsselkompetenz im Leben gilt und damit Grundlage jeglicher Wissensaneignung ist, weil Lernen Souveränität und Leichtigkeit im Umgang mit Texten voraussetzt, dann muss gerade in diesen Bereich durch Bereitstellung von ausreichenden Haushaltsmitteln investiert und eine fortlaufende Entwicklung des Bibliotheksbestandes ermöglicht werden.

U.M.

DIE LINKE. in Mönchengladbach und Krefeld lehnt Rechtsformänderung des Theaters ab

„Die Staatsform muss ein durchsichtiges Gewand sein, das sich dicht an den Leib des Volkes schmiegt. Jedes Schwellen der Adern, jedes Spannen der Muskeln, jedes Zucken der Sehnen muss sich darin abdrücken.“

Georg Büchner, „Dantons Tod“

Das gilt nicht nur auf der Bühne, sondern auch für die Theaterstruktur!

Die Umwandlung der Vereinigten Städtischen Bühnen Krefeld und Mönchengladbach (VSB) von einer GbR in eine gGmbH lehnt die Partei DIE LINKE. in

Mönchengladbach und Krefeld ab. Die Rechtsformänderung in eine gGmbH lässt befürchten, dass das Theater nach dem Ablauf der Etatsi-

cherung in vier Jahren aufgrund der finanziellen Notlage der Städte in Teilen oder auch insgesamt abgewickelt wird.

Für DIE LINKE ist der Betrieb des Theaters eine bestehende Säule der kulturellen Bildung und gerade in diesem Bereich besteht enormer Handlungsbedarf. Entscheidend muss der politische Wille sein, das Theater dauerhaft zu erhalten. Theater ist Teil kultureller Daseinsvorsorge. Hier muss die Politik die Einflussmöglichkeit behalten. Ein Theater, das unter dem Aspekt der Zukunftssicherung über fünf Jahre einen gedeckelten Etat, sprich Etat kürzung hat, ist aus finanziellen Gründen gefährdet. Vor diesem Hintergrund ist die jetzige Rechtsform beizubehalten und die Zukunft nicht einem Aufsichtsrat zu überlassen. Mario Bocks, Mitglied im Kulturausschuss der Stadt Mönchengladbach, meint dazu: „Der kulturelle Bildungsauftrag muss in öffentlicher Hand bleiben und dementsprechend auch die Theaterbühnen in Krefeld und Mönchengladbach. Man kann doch Bildung nicht privatisieren und angesichts eines Gesamtetats von gerade mal 2% ist es unververtretbar die VSB aus der öffentlichen Hand zu geben.“ Auch die ungeklärten Fragen, wie die Rechte und Mitbestimmung der Belegschaft und deren Weiterbeschäftigung, die von den Betriebsräten geforderte und richtige Patronatserklärung, den Verzicht der Gesellschaft auf Tendenzschutz sowie die Modalitäten zu den Aufsichtsratssitzungen und deren Besetzung lassen die gewünschte und gewollte Transparenz vermissen. Ebenfalls stößt die in dem Spitzengespräch zwischen den Fraktionen der beiden Räte getroffene Absprache, dass der Aufsichtsrat lediglich öffentlich tagen kann und nicht muss, auf Ablehnung. „Mit dieser Regelung wird man davon ausgehen können, dass dies nicht geschieht. Hier wäre, wenn wir schon eine Umwandlung der VSB in eine gGmbH nicht verhindern können, eine Verpflichtung zur Öffentlichkeit wenigstens ein Schritt zur Transparenz.“ sagt Ursula Mende, sachkundige Bürgerin im Kulturausschuss der Stadt Krefeld. Die Städte Krefeld und Mönchengladbach haben insoweit auch die Chance vergeben, innovativ und

vorwärtsweisend Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen und Transparenz der Willensbildung in der neuen Gesellschaftsform zu gestalten. Es wäre ohne weiteres eine Drittelparität im Aufsichtsrat möglich gewesen, wie es auch DIE LINKE gefordert hat. Für eine gGmbH, deren Gesellschafter öffentliche Träger sind, wäre es beispielhaft, wenn der Aufsichtsrat grundsätzlich öffentlich tagt und dies nicht nur im jeweiligen Ermessen des Aufsichtsrats steht, wie es jetzt im Gesellschaftsvertrag vorgesehen ist. Das im Gegensatz zu der SPD in Mönchengladbach die Sozialdemokraten in Krefeld den Vertragsentwurf in der jetzt vorgesehenen Form ablehnen, findet die Zustimmung der Partei DIE LINKE. „Hier scheinen die Sozialdemokraten in Krefeld einen Schritt weiter zu sein als ihre Genossinnen und Genossen in Mönchengladbach. Auch die Forderung nach 3 Betriebsräten im Aufsichtsrat aus der SPD-Krefeld im Gegensatz zu der Forderung nach 2 Betriebsräten aus der SPD-Mönchengladbach zeigt, wie unter-

schiedlich sich die beiden „gleichen“ Parteien hier verhalten,“ sagt Ursula Mende.

DIE LINKE in Mönchengladbach und Krefeld wird in den jeweiligen Ratssitzungen am 9.12.2010 in Krefeld und am 22.12.2010 in Mönchengladbach gegen die Rechtsformänderung der VSB stimmen.

Gemeinsame Erklärung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Mönchengladbach und der Ratsgruppe im Rat der Stadt Krefeld



Das Theater in Krefeld

Inhalt

Seite 3: Studiengebühr sofort Abschaffen

Seite 4/5: 30 Jahre Krefelder Apell

Seite 6/7: Teilhabe jetzt! Behindertenpolitik ist Menschenrechtspolitik

Seite 8: Gerech geht anders! Demonstration gegen weiteren Sozialabbau.

Studiengebühren sofort abschaffen

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag in Nordrhein Westfalen hält ihr Wahlversprechen und steht weiterhin an der Seite der Studierenden. Wir möchten die Studiengebühren jetzt abschaffen nicht erst im Wintersemester.

Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf „Gesetz zur Verbesserung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang in Nordrhein- Westfalen“ vorgelegt, welcher die Abschaffung von Studiengebühren zum Wintersemester 2011/12 vorsieht. Wir allerdings sehen keinen Grund, warum die Studiengebühren nicht bereits zum Sommersemester abgeschafft- und somit die Studierenden ein Semester früher finanziell entlastet werden können. Wir haben uns bereits auf SPD und Grüne zubewegt und das Sommersemester als Kompromissvorschlag eingebracht. Nun ist es an der Landesregierung sich auf uns zuzubewegen.

Es ist aber nicht nur der Zeitpunkt der Studiengebührenabschaffung, welcher unseren Ansichten widerspricht, auch bei anderen Punkten haben wir Änderungsanträge an den Gesetzentwurf von SPD/Grünen formuliert:

1. Wir beantragen 500€ pro Studierenden pro Semester als Ausgleich für die Studiengebührenabschaffung für die Hochschulen. Wir möchten nicht, dass die Hochschulen die Leidtragenden der Studiengebührenabschaffung sind. Der reale Bedarf kann nur an der Anzahl der Studierenden festgemacht werden. Die Landesregierung hingegen möchte die Summe von 249Mio € pro Jahr (im Schnitt also maximal 345€ pro Studierenden) deckeln. Dies wird bei steigenden Studierendenzahlen aber keinesfalls ausreichend sein und die Lehre wird zwangsläufig darunter leiden.

2. Des Weiteren wird die Aufteilung der Kompensationszahlung SPD/Grünen an die Studierenden in der Regelstudienzeit gebunden. Dies hat einerseits

zur Folge, dass die Hochschulen ihre Studierenden noch schneller durch das Studium schleusen werden, weil sie so ihre Finanzierung sicherstellen. Heutzutage würde z.B. die RWTH Aachen relativ mehr Geld erhalten als die Ruhr Uni Bochum, nur weil dort der Anteil an Studierenden in der Regelstudienzeit höher ist. Andererseits wurde die Regelstudienzeit sehr willkürlich festgelegt und viele Studierende überschreiten diese aus unterschiedlichen Gründen (jobben neben dem Studium, politisches Engagement); also kann dies nicht der Maßstab sein. Nur bei 500€ pro eingeschriebenem Studierenden ist der Ausgleich realistisch und die Qualität des Studiums ist halbwegs gesichert.

3. Im Gesetzentwurf von SPD/Grünen erhalten die kirchlichen Hochschulen keinerlei Ausgleich für die fehlenden Studiengebühren. Wir beantragen, dass auch sie die Kompensation erhalten müssen, um die Qualität von Lehre und Studium zu sichern.

4. Die Kompensationsmittel der Studiengebühren sollen zweckgebunden für die Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen verwendet werden. Hier möchte die Landesregierung eine Qualitätsverbesserungskommission bilden. Diese soll zur Hälfte aus Studierenden bestehen. Die andere Hälfte können auch Personen sein, die weder Mitglieder noch Angehörige der Hochschule sind. Wir fordern, dass alle Mitglieder dieser Kommission aus der Hochschule kommen müssen, schließlich kennen sie die Situation vor Ort und wissen am besten wo Verbesserungsbedarf besteht und wo nicht.

5. Wir beantragen die Streichung aller Auswahlgebühren egal ob bei ausländischen Studierenden oder BewerberInnen künstlerischer Studiengänge. Es kann nicht sein, dass für bestimmte Personengruppen oder Studiengänge eine Auswahlgebühr erhoben wird und für andere nicht. Hier muss eine ein-



Gunhild Böth Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen

heitliche, gebührenfreie Regelung durchgesetzt werden.

6. Wir möchten, dass auch Gast- bzw. Zweithörer und TeilnehmerInnen an einem Studienkolleg von der Befreiung der Studiengebühren profitieren. Hier dürfen keine Ausnahmen gemacht werden, sondern es muss das gleiche Recht auf ein gebührenfreies Studium für alle gelten.

Am Gesetz der Landesregierung ist also nicht nur der Zeitpunkt der Abschaffung der Studiengebühren zu verändern, sondern auch, wie und zu welchen Lasten diese abgeschafft werden sollen.

Gunhild Böth

Nicht wiederholbar, aber: Erinnern lohnt sich!

30 Jahre Krefelder Appell

»Der Atomtod bedroht uns alle. Keine Atomraketen in Europa«

Von Horst Trapp und Reiner Braun

Der Krefelder Appell, der am 16. November 1980 öffentlich vorgestellt wurde, war ein Aufruf an die damalige Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa - Stichwort: NATO-Doppelbeschluss - zurückzuziehen und innerhalb der NATO auf eine Beendigung des atomaren Wettrüstens zu drängen. Er wurde von fast fünf Millionen Bundesbürgern unterzeichnet. Der Nobelpreisträger Heinrich Böll, gehörte vor 30 Jahren zu den Unterzeichnern des Krefelder Appells. In einem Schreiben begründete er seinen Schritt. »Der uralte strategische Begriff Angriff ist die beste Verteidigung, den notfalls beide Seiten für sich in Anspruch nehmen würden, macht Nach- und Aufrüstung im Zeitalter des Overkill zur Absurdität«. Weise Worte eines geachteten Literaten, die den Lebensnerv einer anwachsenden Zahl der Deutschen berührte.

Damals, im Zeitalter gegeneinander atomar hochgerüsteter Weltsysteme, galt, wer als erster schießt, stirbt als zweiter. »Die neuen Atomwaffen setzen das Rüstungsgleichgewicht außer Kraft«, so die Kritiker dieses neuerlichen Aufrüstungsschrittes, wodurch die Kriegsgefahr in Europa erhöht würde.

Es entwickelte sich breiter Widerstand, der im Krefelder Appell seinen deutlichsten Ausdruck fand. Der im Laufe weniger Monate millionenfach unterzeichnete Appell bestand nur aus einem einzigen Satz: Ich schließe mich dem Krefelder Appell an die Bundesregierung an, »die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen«. Die knapp 1000 Teilnehmer des Gesprächs vom 15. und 16. November 1980 hatten einen längeren Text beschlossen, dessen oben genannter Kernsatz zum Inbegriff des Friedenswillens vieler Menschen wurde.

Der von dem damaligen Bundeswehrgeneral Gert Bastian verfasste Text bildete die Grundlage des Gesprächs im Krefelder Seidenweberhaus, zu dem neben Bastian u.a. Petra Kelly, Martin Niemöller, Helmut Ritter, Christoph Strässer, Gösta von Uexküll und Josef Weber eingeladen hatten. In der

Einladung hieß es: »Die Situation erscheint uns so dringlich, dass wir bisherige Vorbehalte im Gespräch zurückstellen sollten. Denn der Atomtod bedroht uns alle gleichermaßen«.

Der Krefelder Appell war Ergebnis der damaligen Bedrohung und der daraus resultierenden Ängste der Menschen. Er brachte die Probleme auf den Punkt, war unter Friedensbewegten konsensfähig und trug zur Polarisierung zwischen Rüstungsbefürwortern und Rüstungsgegnern bei. Die dabei erfolgte Politisierung ist aus den heutigen Auseinandersetzungen nicht mehr wegdenken. Viele wünschen sich eine inhaltliche und strukturelle Wiederholung.

Bis dahin nicht gekannte Allianz

In der Krefelder Initiative trafen drei Generationen zusammen, wie der Schriftsteller Dieter Lattmann beobachtete und Martin Niemöller immer wieder bewundernd bemerkte. Mit ihrem Appell entstand eine bis dahin nicht gekannte Allianz. Dass der General, die grüne Umweltaktivistin, ein sozialdemokratischer Abgeordneter und traditionelle »Friedenskämpfer« aus dem christlichen und linken Spektrum gemeinsam auftraten, war 1980 eine politische Sensation und eine Voraussetzung für die Ausstrahlungskraft dieser Initiative. Die Unterschriften wurden gezählt, notariell bestätigt, und der Bundesregierung und der Öffentlichkeit schubweise bis zum Stand von fünf Millionen mitgeteilt.

Die Liste prominenter Unterzeichner reichte von Wolfgang Abendroth und Heinrich Albertz bis Heidemarie Wiecek-Zeul und Peter Zadek. Einfacher wäre es aufzulisten, wer aus dem linken und demokratischen Lager nicht unterzeichnet hatte. Die Sozialdemokraten Erhard Eppler und Peter Glotz gehörten dazu. Sie warnten vor dem kommunistischen Einfluss, ohne allerdings damit große Wirkung zu erzielen. Der gewissermaßen als Staatsdoktrin herrschende Antikommunismus konnte die Wirkung des Appells zwar behindern, verhindern konnte er seinen Einfluss auf die bundesdeutsche Gesellschaft jedoch nicht.

Trug er doch dazu bei, dass die Mehrheit der Deutschen bis heute »kriegsunwillig«, ja pazifistisch eingestellt ist.

Wie so oft bei derartigen Kampagnen entwickelte sich die Zustimmung von unten nach oben; bei der SPD, den Gewerkschaften wie auch den Kirchen. Es ging dabei nicht nur um eine Unterschrift, sondern um ein großes Gespräch sowie einen allgemeinen Lernprozess. Die Menschen waren hoch motiviert und mobilisierten sich selbst. Demokratische Selbsttätigkeit wurde zu einer neuen Erfahrung. Die Gründung von Friedensinitiativen, die wie Pilze aus dem Boden schossen, war für viele eine wichtige Erfahrung der Selbstorganisation und des eigenen Engagements.

Der Appell wurde von Anhängern aller Parteien im Bundestag, den Grünen und der DKP getragen; von vielen Jugendorganisationen; von Mitgliedern der Gewerkschaften und Angehörigen der Verbände beider Konfessionen; von der Ökologiebewegung und der Deutschen Friedensunion (DFU); von Frauenorganisationen aller Richtungen, Studentenverbänden, Jugendringen und Schülervertretungen; von Künstlern, Wissenschaftlern, Schriftstellern und Publizisten.

Trotz immer wiederkehrender Angriffe blieb es beim überparteilichen Charakter des Krefelder Appells. Den respektierte auch die DKP, die engagiert mitwirkte und deren Mitglieder sich beachtlich für den Appell einsetzten. Die DKP war ebenso wie die DFU Bestandteil - nicht Stichwortgeber - dieses breiten gesellschaftlichen Bündnisses für den Frieden. Im Kreis der Initiatoren fielen die politischen und organisatorischen Entscheidungen.

Besonders spektakulär war der Einfluss des Krefelder Appell auf dem Hamburger Evangelischen Kirchentag 1981. 55 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterzeichneten den Appell. »Weil Christus kein Killer ist, haben die Apostel des Overkills mit seinem Evangelium nichts zu tun«, so Uta Ranke-Heinemann.

Die Veränderungen der friedenspolitischen Positionen der SPD vom Ja für zum Nein ge-

gen die Atomwaffen ist sicherlich auch dem Krefelder Appell zuzurechnen. Veränderungen auch von festgefahren Positionen sind durch das Engagement vieler Menschen, das seinen organisatorischen und politischen Ausdruck finden muss, möglich.

Die Krefelder Initiative verstand sich auch als inspirierendes und einigendes Dach der neu entstehenden berufsbezogenen Friedensinitiativen. Über deren Funktion schrieb Professor Peter Starlinger von der Naturwissenschaftler-Initiative, dass sie spezifische berufliche und fachliche Erfahrungen in die politische Diskussion einbringen können. Die Krefelder Initiative stellte in einer Veröffentlichung 20 »Berufsbezogene Initiativen« vor. Sie reichten von Architekten für den Frieden und Betrieblichen Friedensinitiativen bis Sportler gegen Atomraketen und Sprachwissenschaftler für den Frieden. Viele bestehen noch heute.

Die Krefelder Initiative stand weiter für vielfältigen Aktivitäten wie große Foren, Künstlerfeste, ein deutsch-amerikanisches Friedensfest, eine internationale Friedensstafette, Aktionen der »Berufsbezogenen Friedensinitiativen« und örtliche Diskussionsrunden. Politische Foren gab es 1981 in Dortmund, 1983 in Bonn und 1984 wiederum in Dortmund. Bei den Künstlerfesten 1981 in Dortmund und 1982 in Bochum mit über 200 000 TeilnehmerInnen, 1984 in Dortmund und 1985 in Hannover beteiligten sich namhafte Künstler wie Harry Belafonte, Gitte Haenning, Miriam Makeba, Udo Lindenberg, Hannes Wader und André Heller.

Auch Anstöße zu weiteren Aktionen gingen von den »Krefeldern« aus. So entstand ein neuer friedenspolitischer Diskurs von unten, der nicht nur Atomwaffen prinzipiell ablehnte, sondern die NATO als Zentrum des Militarismus generell infrage stellte. Zivile Konfliktbearbeitungsstrategien wurden verstärkt entwickelt. Dabei spielte die (damals noch) pazifistische Partei »Die Grünen« eine wichtige Rolle. Ihr erstmaliger Einzug in den Bundestag 1983 war ein Meilenstein auch für parlamentarische Veränderungen.

Nach dem Scheitern der Regierung Schmidt 1982 stimmte der Bundestag unter Kanzler Kohl im Jahr 1983 mehrheitlich der Stationierung der neuen Atomraketen zu. Die »Krefelder« entwickelten daraufhin im November 1984 die neue Kampagne

»Hiroshima mahnt – Stoppt den Rüstungswahnsinn«. Die atomare Aufrüstung sollte demnach gestoppt, die militärische Nutzung des Weltraums verboten und der Rüstungshaushalt eingefroren werden.

Atomkriegsgefahr



Reiner Braun, Privatfoto

auch heute nicht gebannt

Zwar gaben die friedenspolitischen Vorschläge Michail Gorbatschows der Perspektive einer Welt ohne Atomwaffen neue Impulse. Doch heute, nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation, ist die Gefahr eines Atomkrieges nicht gebannt. Völkerrechtswidrige Kriege um politischen und wirtschaftlichen Einfluss drohen zu eskalieren, Atomwaffen lagern einsatzbereit nach wie vor auch auf deutschem Boden, und der Einsatz atomarer Waffen ist weiterhin Bestandteil der Kriegsführungsstrategien.

Widerstand entwickelt sich konkret, 1980 wie heute. Gegen Stuttgart 21, die Atomenergie oder auch gegen neue Kriege. Spontan oder organisiert. Dabei werden grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Aktionstätigkeit deutlich. So durch das Internet und die gesamte elektronische Kommunikation, durch die viel stärkere internationale Vernetzung des Protestes, aber auch durch das deutlich erkennbare kurzfristige und projektorientierte Engagement der handelnden Akteure.

Heute sollen die Deutschen im Zuge einer Neujustierung der deutschen Außen- und Militärpolitik wieder an den Krieg gewöhnt werden. Neue Propagandamuster ersetzen

den historischen Antikommunismus, genannt seien nur die Stichworte »Terrorismus« und »Islam«. Da ist es angebracht, sich zu erinnern. Der Krefelder Appell und die Bewegung, die sich um ihn herum entwickelte, brachten zwar nicht das unmittelbar angestrebte Ergebnis. Sie führten

jedoch zu einem Bewusstseinswandel und dem Glauben an die eigene Kraft, wie sich in zahlreichen aktuellen Auseinandersetzungen zeigt. Die damaligen Auseinandersetzungen verweisen aber auch darauf, dass außerparlamentarische Initiativen die gesellschaftliche Hegemonie in politischen Fragestellungen gewinnen können. Für die Friedensbewegten unterstreicht der Rückblick auf den Krefelder Appell: Es ist gut und wichtig, sich organisationsübergreifend auf überschaubare Ziele zu einigen, und um diese eine Auseinandersetzung zu führen. Das ist bekanntlich nicht immer einfach, weil die zahlreichen Organisationen und Initiativen breit gefächerte spezifische Ziele verfolgen. Im Zusammenhang mit dem Krieg in Afghanistan ist das Zusammenführen mit dem gemeinsamen Appell jedoch ebenso gelungen wie beim Kampf gegen die Atomrüstung.

Der Krefelder Appell ist nicht wiederholbar, aus den dabei gemachten Erfahrungen lernen können wir allemal. Erinnern lohnt sich.

Horst Trapp und Reiner Braun gehörten der Krefelder Initiative an

Der Artikel wurde am 13.11.2010 auf <http://www.neues-deutschland.de> veröffentlicht.

Teilhabe jetzt! Behindertenpolitik ist Menschenrechtspolitik

In der Bundesrepublik Deutschland leben laut statistischen Angaben (2009) 7,1 Millionen schwerbehinderte Menschen. Damit sind 8,7% der gesamten Bevölkerung in Deutschland schwerbehindert. Als schwerbehindert gelten Personen, denen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung von 50% und mehr zuerkannt wurde.

Behinderungen treten vor allem bei älteren Menschen auf: So waren deutlich mehr als ein Viertel (29%) der schwerbehinderten Menschen 75 Jahre und älter; knapp die Hälfte (46%) gehörte der Altersgruppe zwischen 55 und 75 Jahren an. 2% waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Bei einem Viertel der schwerbehinderten Menschen (25%) war vom Versorgungsamt der höchste Grad der Behinderung von 100 festgestellt worden; 31% wiesen einen Behinderungsgrad von 50 auf. Etwas mehr als die Hälfte (52%) der Schwerbehinderten waren Männer.

und Freiheiten muss daher besondere Aufmerksamkeit gelten.

Uneingeschränkte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen am gesamtgesellschaftlichen Leben! Menschenrechte sind nicht teilbar.

Die Behindertenpolitik der Partei DIE LINKE setzt sich für die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein und verpflichtet sich, mit allen demokratischen Mitteln die Unteilbarkeit der Menschenrechte auf allen Ebenen der Gesellschaft und Politik für alle Menschen gleichermaßen unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Behinderungen einzufordern.

An dieser Stelle muss betont werden: es geht nicht allein um Menschen mit Behinderungen, ebenso ist der Schutz der Rechte und der Würde von alten Menschen, von Jugendlichen und Kindern, von chronisch und psychisch Kranken zu stärken und zu verteidigen.

DIE LINKE steht für eine selbstbestimmte Lebensführung für Menschen mit Behinderungen und setzt sich für ein umfassendes Teilhabesicherungs- und Nachteilsausgleichsgesetz ein. Eine Behinderung ist eine objektive Einschränkung (Nachteil), die es einkommens- und vermögensunabhängig auszugleichen gilt. Dieser Nachteilsausgleich kann materieller, technischer und / oder finanzieller Art sein. Er dient in jedem Fall der Ermöglichung einer vollen Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Leben. Das gilt für Menschen mit körperlichen-, geistigen- und Sinnesbehinderungen ebenso wie für psychisch und chronisch Erkrankte.

Die Politik hat zwar einzelne halbherzige Gesetze verabschiedet. Doch sogar deren Umsetzung wird stets durch Kosten-Nutzen-Vergleiche, Vorurteile und andere Barrieren in den Köpfen vieler Menschen eingeschränkt.

Menschen mit Behinderungen erfahren auf allen gesellschaftlichen Ebenen Einschränkungen. Diese beginnen mit baulichen Barrieren im Wohnen und öffentlichen Gebäuden, ziehen sich als roter Faden durch die Stadtlandschaft, Kindergärten, Schulen, Ausbildung und



Daniel Flock. Mitglied des Kreisvorstandes Krefeld der Partei DIE LINKE.

Studium. Besonders bei beruflichen Perspektiven wird Behinderung als Ursache für Ausgrenzung erlebt.

Bei Menschen mit Behinderungen liegt die Arbeitslosenquote deutlich über dem Durchschnitt. Wenn sie einen Arbeitsplatz haben, wird dieser in der Regel schlechter bezahlt. Sie haben kaum eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Stattdessen werden Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfMB) geschaffen, welche die Betroffenen bei geringem Entgelt in speziell dafür errichteten Unternehmungen ausgrenzen. Die vorgegebene Eingliederung von Menschen mit Behinderung aus diesen Institutionen auf den ersten Arbeitsmarkt wird kaum erreicht. Auch hier bestimmen und beschränken finanzielle Aspekte die Einbeziehung (Inklusion) der Menschen mit Behinderung. Notwendig sind auch hier der Abbau von Barrieren in den Köpfen und solidarisches Handeln.

DIE LINKE unterstützt alle Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen eine Teilhabe am allgemeinen Arbeitsleben zu ermöglichen, an Arbeit, von der man gut und in Würde leben kann.

Konkret fordert DIE LINKE. daher u.a.:

- die Wiedererhöhung der sogenannten Schwerbehindertenquote auf sechs Prozent
- die spürbare Erhöhung der Ausgleichsabgabe für die Unternehmen, die diese Quote nicht erfüllen
- die Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen
- die Abwehr jeglicher Versuche, die für Schwerbehinderte geschaffenen Regelungen im Arbeitsrecht auszuhöhlen oder zu unterlaufen
- für die Beschäftigten in den Werkstätten (WfMB) einen Arbeitnehmerstatus mit allen Rechten und angemessene Entlohnung
- eine stärkere Förderung der Unternehmen, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, z.B. durch Lohnkostenzuschüsse, spezielle Ausbildungsbeihilfen und Investitionshilfen zur Schaffung von entsprechenden Arbeitsplätzen inklusive (einbeziehende) Bildung

DIE LINKE und ihre Behindertenpolitik setzen sich dafür ein, dass Aussonderungen in der Bildung abgebaut, der Bildungsbetrieb erneuert, die uneingeschränkte Zugänglichkeit gewährt und die Abhängigkeit von Kosten-Nutzen-Rechnungen aufgehoben wird. Wir wollen ein inklusives Bildungssystem

für alle, auch für Lernende mit Behinderungen.

Bildung hat nicht nur eine Wissensvermittelnde Funktion, sie soll ebenso soziale Kompetenz und Selbständigkeit vermitteln und soll zur Ausbildung und Stärkung des individuellen Selbstwertgefühls beitragen.

Dafür ist auch die Berufsausbildung ein wichtiger Baustein. Die Schaffung barrierefreier Zugänglichkeit zu allen Bildungseinrichtungen ist die Voraussetzung, (lebenslanges) gemeinsames Lernen ist der Weg in ein selbstbestimmtes Leben. Um dieses selbstverständlich werden zu lassen, muss unsere Gesellschaft bereit sein, Menschen mit Behinderungen als Teil der Gesellschaft zu akzeptieren. Gesellschaftliche Akzeptanz kann jedoch nur durch politische Akzeptanz erzielt werden. Es ist zwingend, dass Menschen mit Behinderungen sich selbst als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft betrachten. Dazu trägt auch bei, dass es selbstverständlich wird, dass Menschen mit Behinderungen nach ihren Kompetenzen beurteilt werden und in berufliche Prozesse eingliedert werden.

Eine wie auch immer geartete Aussonderung steht im krassen Widerspruch zu den Menschenrechten. Das beste-

hende Bildungssystem ist grundlegend zu verändern und auf der Grundlage von Chancengleichheit allen zugänglich zu machen. Hierbei ist der Anspruch auf lebenslanges Lernen deutlich hervorzuheben. Alle Menschen mit den unterschiedlichsten sonderpädagogischen Förderschwerpunkten haben ein nicht einzuschränkendes Recht auf Allgemeinbildung. Bildung unter vorgenannten Gesichtspunkten muss neu definiert, ein anderes Verständnis von Lernen und pädagogischer Systematik muss entwickelt und die Fach- wie Hochschulausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen darauf abgestimmt werden. Gerade die Arbeit mit Menschen mit Behinderungen benötigt einen spezifischen Kenntnisstand, welcher die Förderung bei deren individuellen Fähigkeiten ansetzen lässt. Bei Menschen mit hohem sonderpädagogischem Förderbedarf ist die Ausbildung von lebenspraktischen Fertigkeiten und Fähigkeiten Grundlage für ein relativ selbständiges und weitgehend selbstbestimmtes Leben. Es sind Voraussetzungen zu schaffen, die Menschen mit Seh- und Hörbeeinträchtigungen den Zugang zu hochwertigen Lernbedingungen garantieren, wobei die allgemeingültige Anerkennung der Gebärdensprache und der hörbegleitenden Gebärde als eigenständige Mutter- und Kultursprache von grundsätzlicher Bedeutung ist. Bildung hat im frühesten Kindesalter zu beginnen. Damit sind nicht qualvolle pädagogische Experimente gemeint. Es geht um altersgerechte Lernbegleitung, die im Kindesalter beginnt, im Schulalltag intensiviert wird und auch in Ausbildung und beruflicher Laufbahn garantiert sein muss.

Behindertenpolitik bedeutet Querschnittspolitik. Sie zieht sich durch alle Lebensbereiche. Teilhabe jetzt! Inklusion jetzt!

D. F.



Gerecht geht anders! Demonstration gegen weiteren Sozialabbau

4 Busse aus Krefeld in Dortmund

Am 13.11.2010 gingen in der Bundesrepublik Deutschland ca. 100 000 Menschen auf die Straße und protestierten im Rahmen mehrerer Gewerkschaftsveranstaltungen gegen "das Sparpaket" der Bundesregierung. Neben etlichen kleineren Veranstaltungen haben 45000 Menschen in Stuttgart, 30000 in Nürnberg, 6000 in Erfurt und 14000 in Dortmund gegen den Sozialabbau demonstriert.

Zu der Dortmunder Veranstaltung fuhren 4 Busse aus Krefeld. Sie waren vom DGB, der IG Metall, ver.di, der IG NGG und IGBCE organisiert.

Unter dem Motto "Gemeinsam für ein gutes Leben - Gerecht geht anders - Für einen Kurswechsel in Berlin" zog trotz regnerischem Wetter ein langer Demonstrationzug vom Hauptbahnhof in Dortmund durch die Stadt zur Westfalenhalle.

Die TeilnehmerInnen forderten u.a.:

- einen gesetzlichen Mindestlohn
- gleiche Bezahlung für Leiharbeiter
- Abkehr von der Rente mit 67
- gebührenfreie Bildung für alle
- eine starke Ausstattung von Städten und Gemeinden

Hauptredner der Veranstaltung in der Westfalenhalle waren Frank Bsirske von ver.di und Michael Vassiliades von der Gewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie.

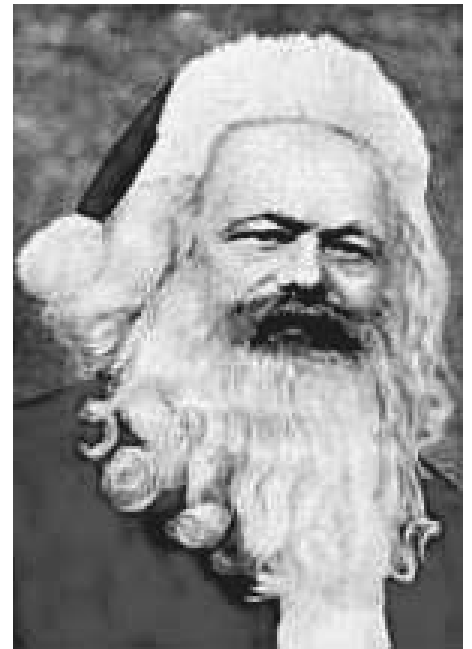
Bsirske, der während seiner Rede der schwarz-gelben Regierung den „Stin-

kefinger“ zeigte, rief: «In Deutschland tickt eine soziale Zeitbombe, die entschärft werden muss» und weiter: «Diese Regierung macht die Menschen zu Deppen der Nation, die Tag für Tag hart arbeiten und trotzdem von ihrem Einkommen nicht leben können.»

DIE LINKE. im Rat der Stadt Krefeld

Von-der-Leyen-Platz 1
47798 Krefeld
Telefon 02151/862012
Fax 02151/862099
E-Mail: linke-ratsgruppe@krefeld.de

Öffnungszeiten Büro
Dienstag
von 15:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag
von 09:00 - 12:00 Uhr
Raum C 26
im Rathaus Krefeld



**Frohe
Weihnachten
und Frieden
auf Erden
wünscht
DIE LINKE.
Krefeld**

**Mitmachen schafft Vielfalt und
Teilhabe!**

Haben Sie Ideen Vorschläge oder Anmerkungen? Ihnen stinkt etwas. Sie möchten die Rote Krähe in elektronischer Form bekommen. Sie sind interessiert an Informationen von uns. Sie möchten mitmachen. Sie möchten uns unterstützen. Sie haben ein Anliegen an die Redaktion.

Wenden Sie sich an:

info@dielinke-krefeld.de

Impressum.

V.i.S.d.P.:

Heidrun von der Stück

Tackheide 88

47804 Krefeld

(02151) 446 86 64

www.dielinke-krefeld.de